

FACHBUCHREIHE
für wirtschaftliche Bildung

Aufgaben und Lösungen zur Betriebswirtschaftslehre der Unternehmung

16. Auflage

Verfasst von Lehrern des kaufmännisch-beruflichen
Schulwesens

Jürgen Müller, Lektorat

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsselberger Straße 23
42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 94731L (Dauerlizenz) · 94731V (Jahreslizenz)



Mitarbeiter des Arbeitskreises:

Felsch, Stefan	Oberstudienrat	Freiburg i. Br.
Frühbauer, Raimund	Oberstudiendirektor	Wangen i. Allg.
Krohn, Johannes	Studiendirektor	Freiburg i. Br.
Kurtenbach, Stefan	Studiendirektor	Bad Saulgau
Metzler, Sabrina	Oberstudienrätin	Wangen i. Allg.
Müller, Jürgen	Studiendirektor	Freiburg i. Br.

Leitung des Arbeitskreises und Lektorat:

Jürgen Müller, Im Kapellenacker 4 a, 79112 Freiburg i. Br.

Wichtiger Hinweis:

In diesem Buch finden sich Verweise/Links auf Internetseiten. Für die Inhalte auf diesen Seiten sind ausschließlich die Betreiber verantwortlich, weshalb eine Haftung ausgeschlossen wird. Für den Fall, dass Sie auf den angegebenen Internetseiten auf illegale oder anstößige Inhalte treffen, bitten wir Sie, uns unter info@europa-lehrmittel.de davon in Kenntnis zu setzen, damit wir beim Nachdruck dieses Buches den entsprechenden Link entfernen können

16. Auflage 2023

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Korrektur von Druckfehlern identisch sind.

ISBN 978-3-7585-9471-7 (Dauerlizenz)

ISBN 978-3-7585-9297-3 (Jahreslizenz)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2023 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co.KG, 42781 Haan-Gruiten
www.europa-lehrmittel.de

Satz, Umschlag: Satz+Layout Werkstatt Kluth GmbH, 50374 Erftstadt

Umschlagkonzept: tiff.any GmbH, 10555 Berlin

Umschlagfoto: © Zhu difeng – Fotolia.com

Vorwort

»Betriebswirtschaftslehre der Unternehmung – Aufgaben und Lösungen« richtet sich an

- Schülerinnen und Schüler an Wirtschaftsgymnasien und Wirtschaftsoberschulen
- Schülerinnen und Schüler an Fachgymnasien und Fachoberschulen
- Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs, Berufsaufbauschulen und Fachschulen für Betriebswirtschaft
- Studierende an Akademien
- Studierende im berufspädagogischen und wirtschaftswissenschaftlichen Studium
- Lehrende und Teilnehmende an Fort- und Weiterbildungen in Betrieben, Verbänden und sonstigen Institutionen
- Lernende in der Prüfungsvorbereitung

Das Buch enthält die **Aufgaben und Lösungen** zu den im **Lehrbuch »Betriebswirtschaftslehre der Unternehmung«**, 34. Auflage abgedruckten Aufgaben und Fragen.

Der inhaltliche **Aufbau entspricht der Gliederung der »Betriebswirtschaftslehre der Unternehmung«**. Dadurch wird das Auffinden der gewünschten Abschnitte und Themenstellungen erleichtert.

Das Aufgaben- und Lösungsbuch eignet sich für **Lehrende und Lernende** sowohl zur **Anwendung, Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse** als auch zur **Prüfungsvorbereitung**.

Ihr Feedback ist uns wichtig.

Ihre Anmerkungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge zu diesem Buch nehmen wir gerne auf – schreiben Sie uns unter lektorat@europa-lehrmittel.de.

Die Verfasser

Rottenburg, Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen der Wirtschaft..... 7	5.2	Interne und externe logistische Kette..... 56
1.1	Bedarfsdeckung als Aufgabe der Wirtschaft 7	5.3	Transportlogistik 57
1.2	Unternehmen, Staat und private Haushalte als Wirtschaftseinheiten..... 10	5.4	Lagerlogistik 60
1.3	Betriebswirtschaftliche Produktionsfaktoren 13	5.5	Logistikdienstleister 65
1.4	Betriebliche Funktionen 15	6	Leistungserstellung im Industrieunternehmen 66
2	Grundzüge der Rechtsordnung 17	6.1	Bereiche industrieller Tätigkeit 66
2.1	Bedeutung der Grundstruktur der Rechtsordnung 17	6.2	Bestimmungsfaktoren des Produktionsprogramms..... 66
2.2	Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit 18	6.3	Fertigungsplanung 69
2.3	Rechtsgeschäfte..... 19	6.4	Fertigungsdurchführung..... 75
2.4	Besitz und Eigentum 23	6.5	Produktionscontrolling und Rationalisierung 80
2.5	Rechtsschutz geistigen Eigentums 25	6.6	Qualitätsmanagement..... 87
3	Beschaffung 28	6.7	Fertigungsprozess unter den Aspekten Globalisierung und Nachhaltigkeit 89
3.1	Ziele und Aufgaben der Beschaffung..... 28	7	Organisation des Unternehmens 91
3.2	Beschaffungsvorbereitung (Beschaffungsplanung) 28	7.1	Begriff und Grundsätze der Organisation 91
3.3	Beschaffungsanbahnung 36	7.2	Unternehmensleitbild und Unternehmensziele 92
3.4	Beschaffungsabschluss 41	7.3	Aufbauorganisation..... 95
3.5	Beschaffungsrealisation 46	7.4	Ablauforganisation..... 97
3.5.1	Überwachung der Vertragserfüllung.....46	8	Arbeits- und Sozialwelt..... 101
3.5.2	Störungen bei der Erfüllung des Kaufvertrages.....46	8.1	Grundsätze der Menschenführung..... 101
3.5.3	Verjährung.....50	8.2	Personalwesen 103
4	Zahlungsverkehr..... 52	8.2.1	Personalplanung.....103
4.1	Zahlungsmittel, Zahlungsarten, Zahlungsinstrumente..... 52	8.2.2	Personalbeschaffung104
4.2	Girokonto (oder Kontokorrentkonto) und Kontokorrentkredit 52	8.2.3	Personalauswahl und Einstellungsverfahren106
4.3	Zahlungsverkehr im europäischen Zahlungsverkehrsraum SEPA..... 52	8.2.4	Personalentwicklung.....108
5	Lager- und Transportlogistik .. 56	8.2.5	Personalcontrolling.....108
5.1	Ziele und Aufgaben der Logistik..... 56	8.3	Arbeitsvertrag..... 109
		8.4	Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb 111
		8.5	Sozialpartnerschaft und Arbeitskämpfe 112
		8.6	Arbeitsschutzgesetze 114
		8.7	Arbeitsgestaltung 116

8.8	Arbeitsentgelt.....	119	11.3.2	Kostenstellenrechnung als Ist- und Normalkostenrechnung	186
8.9	System der gesetzlichen Sozialversicherung	122	11.3.3	Kostenträgerrechnung als Ist- und Normalkostenrechnung....	191
9	Marketing	126	11.3.4	Plankostenrechnung	203
9.1	Wesen des Marketings.....	126	11.3.5	Prozesskostenrechnung	206
9.2	Marketingpolitische Ziele und Marketingstrategien.....	126	11.4	Kostenanalyse.....	209
9.3	Marktforschung	127	11.4.1	Kapazität und Beschäftigungsgrad	209
9.4	Produkt- und Sortimentspolitik.....	131	11.4.2	Einfluss des Beschäftigungsgrades auf die Kosten	209
9.5	Preis- und Konditionenpolitik	135	11.4.3	Kostenverlauf und kritische Kostenpunkte.....	209
9.6	Kommunikationspolitik.....	139	11.4.4	Verschieben der kritischen Kostenpunkte.....	209
9.7	Distributionspolitik.....	150	11.4.5	Kostenanpassung	209
9.8	Produktlebenszyklus und Portfolioanalyse	158	11.5	Kosten- und Leistungsrechnung als Teilkostenrechnung (Deckungsbeitragsrechnung) .	214
9.9	Marketing-Mix	158	11.5.1	Einstufige und mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung	214
9.10	Marketingcontrolling und Kundenbindung.....	158	11.5.2	Verwendung der Deckungsbeitragsrechnung bei unternehmerischen Entscheidungen.....	215
10	Steuern in der Betriebswirtschaft	169	11.6	Zusammenhänge der Kostenrechnung	227
10.1	Steuersystem in der Bundesrepublik Deutschland.....	169	12	Das Unternehmen	228
10.2	Steuern vom Einkommen	170	12.1	Rechtliche Rahmenbedingungen für die Gründung	228
10.3	Gewerbsteuer	174	12.2	Überblick über die Rechtsformen der Unternehmen.....	232
10.4	Umsatzsteuer	174	12.3	Personenunternehmen.....	233
10.5	Betriebswirtschaftliche Bedeutung der Steuern	174	12.4	Kapitalgesellschaften	243
11	Kosten- und Leistungsrechnung des Industriebetriebes..	175	12.5	Entscheidungskriterien für die Wahl der Rechtsform	249
11.1	Bedeutung und Aufgaben der Kosten- und Leistungsrechnung	175	12.6	Kooperation und Konzentration von Unternehmen	249
11.2	Grundbegriffe der Kosten- und Leistungsrechnung	175	12.7	Notleidendes Unternehmen ...	256
11.2.1	Kosten, Ausgaben, Aufwand...	175	13	Investition und Finanzierung	261
11.2.2	Leistungen, Ertrag, Einnahmen.....	175	13.1	Ziele und Arten von Investitionen	261
11.2.3	Abgrenzungsrechnung mithilfe der Ergebnistabelle	175	13.2	Verfahren der Investitionsrechnung	261
11.3	Kosten- und Leistungsrechnung als Vollkostenrechnung	182			
11.3.1	Kostenartenrechnung.....	182			

13.3	Kapitalbedarfs- und Finanzplanung	266	14.6	Bewertung von Vermögen und Schulden nach IAS/IFRS.	311
13.4	Ziele und Arten der Finanzierung	267	15	Jahresabschlussanalyse.....	318
13.5	Außenfinanzierung	268	15.1	Aufbereitung der Bilanz (Beständeanalyse).....	318
13.6	Sicherheiten bei der Fremdfinanzierung.....	278	15.2	Auswertung der Bilanz mithilfe von Kennzahlen	321
13.7	Innenfinanzierung.....	283	15.2.1	Kennzahlen der Vermögensstruktur	321
14	Jahresabschluss mit Bewertung	289	15.2.2	Kennzahlen der Kapitalstruktur (vertikale Finanzierungsregel)	324
14.1	Bestandteile des Jahresabschlusses	289	15.2.3	Kennzahlen der Kapital- und Vermögensseite (horizontale Finanzierungsregeln)	327
14.2	Adressaten des Jahresabschlusses	292	15.3	Aufbereitung der Erfolgsrechnung.....	332
14.3	Allgemeine Vorschriften für den Jahresabschluss.....	293	15.4	Auswertung der Erfolgsrechnung	332
14.4	Bewertung nach Handelsrecht.....	294	16	Controlling	338
14.4.1	Bewertung des Anlagevermögens	294	16.1	Begriff und Aufgaben des Controllings	338
14.4.2	Bewertung des Umlaufvermögens	294	16.2	Strategisches und operatives Controlling.....	338
14.4.3	Bewertung des Eigenkapitals..	305	16.3	Funktionen und Prozessphasen des Controllings.....	339
14.4.4	Bewertung von Rückstellungen.....	305	16.4	Budgetierung.....	340
14.4.5	Bewertung der Verbindlichkeiten	305	16.5	Kennzahlen und Kennzahlensysteme	340
14.5	Ausgewählte Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz.....	310			

1 Grundlagen der Wirtschaft

1.1 Bedarfsdeckung als Aufgabe der Wirtschaft

20/1 »Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge« (Wilhelm Busch).

a) Belegen Sie diese Aussage mit Beispielen aus Ihrem persönlichen Leben.

b) Nennen Sie Beispiele dafür, dass Bedürfnisse individuell verschieden, wandelbar und von verschiedenen Bedingungen abhängig sind.

a) Beispiel:

»Einziger« Wunsch eines Jungen oder Mädchens: ein Fahrrad. Kaum ist der Wunsch erfüllt, tauchen nach kurzer Zeit neue Wunschvorstellungen auf:
Skiausrüstung, Smartphone, Spielekonsole, Moped, Kleinwagen, Tennisausrüstung.

- b) – individuell verschieden: Nicht jeder wünscht sich eine Ski- und Tennisausrüstung; mancher bevorzugt Wassersport, Fußball, Skat.
– wandelbar: Mopedfahrer möchte auf Kleinwagen umsteigen.
– Bedingungen: neue technische Erfindungen, Modeströmungen, Skifahren setzt Skikurs voraus, Autofahren erfordert den Führerschein und ein entsprechendes Einkommen.

20/2 Ordnen Sie die Bedürfnisse nach folgenden Gütern entsprechend ihrer Dringlichkeit als Existenz-, Kultur- oder Luxusbedürfnisse:

a) Auto eines Schülers,

d) Rolex-Armbanduhr,

b) Auto eines Handelsvertreters,

e) Theaterbesuch.

c) Urlaub am Mittelmeer,

Begründen Sie Ihre Entscheidungen.

	Gut	Existenz- bedürfnis	Kultur- bedürfnis	Luxus- bedürfnis	Begründung
a)	Auto eines Schülers			x	Schule könnte zu Fuß, mit Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden.
b)	Auto eines Handelsvertreters	x			Zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit notwendig.
c)	Urlaub am Mittelmeer		x		durch die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft bestimmt
d)	Rolex-Armbanduhr			x	erhöht den Lebensstandard, erhöht das soziale Ansehen
e)	Theaterbesuch		x		durch die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft bestimmt

Die Bedeutung für den Einzelnen und die Dringlichkeit sind individuell verschieden.

- 20/3 a) Welche Kulturbedürfnisse sind für Sie von Bedeutung?**
b) Worauf könnten Sie in einer wirtschaftlichen Notsituation verzichten?

- a) Beispiele:
- Nahrung: französische, griechische, chinesische Küche
 - Kleidung: Modekleidung, Modeschmuck
 - Wohnung: moderne Zimmereinrichtung, Zentralheizung, elektrische Haushaltsgeräte
 - Bildung und Unterhaltung: gehobene Schulbildung, Theater, Konzert, Club, Reisen
- b) schülerabhängige Antworten

- 20/4 Mit welchen Mitteln versuchen Industrie und Handel, Bedürfnisse in Bedarf und anschließende Nachfrage umzuwandeln?**

- Werbung (Aufmerksamkeit, Interesse, Wünsche wecken)
- Verkaufsförderung (Einkaufen reizvoll und bequem machen)
- Kreditgewährung (Beschaffung von Zahlungsmitteln erleichtern)

- 20/5 Nennen Sie Beispiele für Existenz-, Kultur- und Luxusbedürfnisse eines Menschen aus einem Industrieland und einem Entwicklungsland.**

- Mensch aus Industrieland: Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Brot, Gemüse und Obst sind Existenzbedürfnisse; für die berufliche Existenz können ein Auto und anspruchsvolle Kleidung notwendig sein. Wohnung stellt ein Existenzbedürfnis dar. Jährliche Urlaubsreisen werden als Kulturbedürfnis angesehen.
- Mensch aus Entwicklungsland: Existenzbedürfnisse sind Reis oder Mais; für die berufliche Existenz ist es ein Pflug. Ein Dach über dem Kopf stellt ein Kulturbedürfnis dar.

- 20/6 Sonnenlicht und Atemluft werden als Beispiele für freie Güter genannt. Prüfen Sie, unter welchen Umständen diese Beispiele nicht zutreffen.**

Die Umweltverschmutzung in Ballungsgebieten erfordert wirtschaftliche Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre und zur Reinhaltung der Luft.

- 20/7 Erläutern Sie an jeweils drei Beispielen nachhaltiges Wirtschaften eines**
- **Individuums,**
 - **Unternehmens.**

Individuum:

- Installation einer Fotovoltaikanlage zur Stromeinspeisung in das Stromnetz oder zum Eigenverbrauch
- Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel statt Verwendung des privaten Fahrzeugs
- Verzicht bzw. Reduktion des Fleischkonsums

Unternehmen:

- Installation von Rußpartikelfiltern in Abluftanlagen
- Nutzung wiederverwendbarer Materialien
- Erhöhung der Produktlebensdauer der produzierten Güter

20/8 Suchen Sie nach Beispielen dafür, dass das gleiche Gut sowohl als Konsumgut als auch als Produktionsgut verwendet werden kann.

- Ein Auto kann für private *und* geschäftliche Zwecke verwendet werden.
- Mit einem PC können Briefe an Freunde *oder* an Geschäftspartner geschrieben werden.
- Ein Handy wird für private und geschäftliche Zwecke genutzt.

20/9 Erläutern und unterscheiden Sie die Begriffe »Gebrauchsgut« und »Verbrauchsgut«.

- Gebrauchsgüter werden mehrfach verwendet.
Beispiele: Maschinen, Büroausstattung
- Verbrauchsgüter sind nur einmal zur Bedürfnisbefriedigung verwendbar.
Beispiele: Brennstoffe, Lebensmittel

20/10 Begründen Sie, welche der folgenden wirtschaftlichen Vorgänge zum Handeln nach dem Maximalprinzip oder nach dem Minimalprinzip gehören:

- Für den geplanten Urlaub stehen Ihnen 1.500 EUR zur Verfügung.
- Für den Bau eines Einfamilienhauses stehen 180.000 EUR Eigenkapital und 290.000 EUR Fremdkapital zur Verfügung.
- Ein Wohnhaus ist zum Verkauf ausgeschrieben. Als »Verhandlungsbasis« ist ein Preis von 380.000 EUR genannt.

- Urlaub in Spanien, Mittel vorgegeben: Maximalprinzip
- Bau eines Einfamilienhauses, Mittel vorgegeben: Maximalprinzip
- Kauf eines Wohnhauses, Leistung vorgegeben: Minimalprinzip

20/11 Bei der Frage der Knappheit der Ressourcen stellt sich immer auch die Frage, ob moderne Industriegesellschaften ihre Bedarfsdeckung auf Kosten der Entwicklungsländer bzw. Rohstoffländer decken. Nehmen Sie dazu kritisch Stellung.

Viele moderne Industriegesellschaften decken ihren Bedarf an Rohstoffen durch den Import aus Entwicklungsländern, in denen diese Ressourcen teilweise in großem Umfang vorhanden sind. Dadurch werden mehrere Ziele erreicht:

- Bedarfsdeckung im Industrieland,
- Sicherung des technischen Fortschrittes im Industrieland,
- Sicherung von dringend benötigten Deviseneinnahmen im Entwicklungsland; dadurch
- Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation des Entwicklungslandes,
- Verbesserung des Wohlstandes in den Entwicklungsländern.

Die grundsätzlich positiven Ziele werden leider eher einseitig erreicht. Die Erkundung und der Abbau der Rohstoffquellen erfolgt meist durch große multinationale Unternehmen, die lediglich marktwirtschaftliche Gesichtspunkte angehen. Die Interessen der Entwicklungsländer werden vernachlässigt oder nicht berücksichtigt. Die Preise werden einseitig diktiert; gleichzeitig haben Entwicklungsländer teure Importe für die aus dem Industrieland importierten Güter zu bezahlen. Durch Korruption bei der Auftragsvergabe bleiben die Gewinne aus dem Rohstoffexport sehr häufig bei einer kleinen

elitären Schicht des Exportlandes. Die Arbeitsbedingungen gerade in der Rohstoffproduktion genügen in den Entwicklungsländern sehr häufig nicht den gesetzlichen Anforderungen der Industrieländer oder sie werden durch Druck und Betrug umgangen. Kriminalität, Gesundheitsschäden der Bevölkerung, eine geringe Lebenserwartung und Kinderarbeit sind die Folgen.

Man kann sagen: Die modernen Industrieländer decken ihren Rohstoffbedarf auf Kosten der Entwicklungsländer.

20/12 Erläutern Sie, warum in der Wirtschaft in der Regel das ökonomische Prinzip angewandt werden sollte.

Wirtschaftsgüter sind knapp und daher mehr oder weniger kostspielig. Die Vernunft gebietet daher,

- knappe Güter sparsam einzusetzen, um Kosten zu sparen,
- unvermeidbare Kosten durch möglichst hohe Leistungen zu rechtfertigen.

**20/13 a) Beschreiben Sie die für die Marktwirtschaft typische Form der Bedarfsdeckung.
b) Nennen Sie Vorteile dieser Form der Bedarfsdeckung.
c) Auf welche Ursachen ist die zu beobachtende Zunahme kollektiver Bedarfsdeckung zurückzuführen?**

- Die für die Marktwirtschaft typische Form der Bedarfsdeckung ist die individuelle Bedarfsdeckung, d. h., der Einzelne entscheidet, welche Güter er im Rahmen seiner zur Verfügung stehenden Mittel erwirbt.
- Der Einzelne hat ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiheit. Die Gesellschaft hat ein Höchstmaß an Güterversorgung, da der Preis die Nachfrage und das Angebot regelt. Dadurch sind Unternehmen bereit, mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, Güter zu produzieren und anzubieten.
- Bei Bedarfen, die die Gemeinschaft als Ganzes betreffen, können die Preise überhöht sein und damit die Existenz einzelner Personen gefährden (Energieversorgung, Straßenbau, Gesundheitswesen). Diese Bedarfe sind oft zukunftsgerichtet und verlangen Schätzungen, Risikoabwägungen und langfristige Planungen, ohne dass der wirtschaftliche Erfolg ersichtlich wird. Fehlplanungen oder die Nichtumsetzung bestimmter Maßnahmen können aber die Existenz zukünftiger Generationen gefährden. Deshalb ist die öffentliche Hand gefordert, hier Maßnahmen zu ergreifen.

1.2 Unternehmen, Staat und private Haushalte als Wirtschaftseinheiten

24/1 Welche Aufgaben übernehmen Unternehmen und der Staat als Produzenten?

Unternehmen: Sie dienen der Leistungserstellung (im Sinne der Produktion von Gütern und Dienstleistungen) und der Leistungsverwertung (im Sinne des Absatzes der Güter und Dienstleistungen).

Staat: Er wird i. d. R. nur dort aktiv, wo privatwirtschaftliche Unternehmen keine ausreichende Güterversorgung garantieren, z. B. im Bereich des Verkehrs, der Energieversorgung.

24/2 Erläutern Sie, warum die Befolgung des erwerbswirtschaftlichen Prinzips eine gewisse Garantie für optimale Bedarfsdeckung in der Gesamtwirtschaft bietet.

- Betriebe arbeiten mit dem privaten Kapital der Unternehmen oder Gesellschafter. Diese sind an der Erhaltung und Vermehrung des Kapitals interessiert; zu diesem Zweck müssen sie Verlust vermeiden und wollen Gewinn erzielen.
- Deshalb richten sie die Produktionspläne nach der Nachfrage am Markt aus. Sie produzieren solche Leistungen, an denen der entsprechende Bedarf besteht, und vermeiden die Produktion von Gütern, bei denen kein hinreichender Bedarf besteht.
- Da erwerbswirtschaftliche Unternehmer so das Unternehmensrisiko selbst tragen und nach Sicherheit streben, ist eine gewisse Garantie für optimale Bedarfsdeckung gegeben.

24/3 Man kann sowohl in einem Gasthaus als auch in einem Familienhaushalt wohnen, essen und trinken. Stellen Sie die Unterschiede der beiden Wirtschaftseinheiten dar.

- Das Gasthaus ist ein Unternehmen, es gilt als Stätte der Leistungserstellung, obwohl dort auch Leistungen verwendet werden.
- Der Familienhaushalt gilt als Stätte der Leistungsverwendung, obwohl auch dort Leistungen erstellt werden.

24/4 Inwiefern können private Haushalte auch als ein Sektor der Leistungserstellung betrachtet werden?

Haushalte dienen nicht nur dem Konsum, sondern in ihnen werden auch produktive Leistungen erstellt.

- Sachleistungen: z. B. Gartenerzeugnisse, Speisen, Kleidungsstücke
- Dienstleistungen: z. B. Reparaturen, Reinigung, Erziehungsleistungen, soziale Dienste

24/5 a) Wer trägt den Jahresverlust der Rhein-Mosel-Wasserwerke AG?

b) Wer trägt den Jahresverlust der gemeindeeigenen Wasserwerke?

- a) der Unternehmer bzw. die Eigenkapitalgeber (der Verlust mindert das Eigenkapital)
- b) die Allgemeinheit der Steuerzahler (Der Verlust muss aus öffentlichen Haushalten und damit aus dem Steueraufkommen getragen werden.)

24/6 Nachdem ein Einzelunternehmer seine Erfolgsrechnung im Vorjahr mit 45.000 EUR Verlust abschließen musste, gelang es ihm, in diesem Jahr 160.000 EUR Gewinn zu erwirtschaften. Bei einem Eigenkapital von 400.000 EUR entspricht dieser Gewinn einer Kapitalverzinsung von 40 %.

Begründen Sie, ob der Unternehmer eine solche Gewinnspanne allein für sich beanspruchen darf.

- Dem Gewinn in Höhe von 160.000 EUR in diesem Jahr stehen 45.000 EUR Verlust im Vorjahr gegenüber. Über zwei Jahre betrachtet ergibt sich folgende Kapitalverzinsung:
$$\frac{(160.000 \text{ EUR} - 45.000 \text{ EUR})}{2 \text{ Jahre}} = 57.500 \text{ EUR durchschnittlicher Jahresgewinn}$$
- durchschnittliche Kapitalverzinsung: $\frac{57.500 \text{ EUR}}{400.000 \text{ EUR}} \cdot 100 = 14,375 \%$
- Diese Verzinsung schließt bei einem Einzelunternehmer das Entgelt für die leitende Tätigkeit und Mitarbeit im Betrieb, den Unternehmerlohn sowie eine Risikoprämie ein. So erscheint die Verzinsung nicht zu hoch.

24/7 Häufig sind bestimmte Unternehmen in der Hand des Staates.

Begründen Sie, weshalb der Staat diese Unternehmen führt.

Versorgungsbetriebe (Wasser-, Gas-, Stromversorgung), öffentliche Verkehrsbetriebe (Regionalbahnen, Bus, Straßenbahn). Sie müssen aus lebenswichtigen und sozialen Gründen auch bei Verlust betrieben werden, der dann zulasten des allgemeinen Haushaltsaufkommens (finanziert durch Steuern) geht.

24/8 a) Nennen Sie Maßnahmen, die eine Gemeinde zur Förderung der Gewerbeansiedlung ergreifen kann.

b) Begründen Sie, warum diese Maßnahmen ergriffen werden.

- a) Maßnahmen: Ausweisung von Gewerbegebieten, günstige Bereitstellung von Grundstücksflächen, teilweise Übernahme von Erschließungs- und Anliegerkosten, niedrige Steuerhebesätze, mehrjähriger Verzicht auf die Erhebung der Grundsteuer
- b) Begründung: Angesiedelte Unternehmen schaffen Arbeitsplätze in der Gemeinde und bringen Gemeindesteuern (Gewerbsteuer). Die Attraktivität der Gemeinde bleibt erhalten, ebenso das Güterangebot.

24/9 Welche Leistungen erstellt

a) ein Industrieunternehmen,

e) ein Speditionsbetrieb,

b) ein Handelsunternehmen,

f) ein Reisebüro,

c) eine Bank,

g) ein Hotel?

d) ein Versicherungsunternehmen,

- a) – hauptsächlich Sachgüter und Rechte, in geringerem Umfang auch Dienstleistungen (Kundendienst, Transporte)
– Stoffe- und Energiegewinnung (Urproduktion); Be- und Verarbeitung von Stoffen, Umwandlung in Ge- und Verbrauchsgüter
- b) – Warenvermittlung zwischen Erzeuger und Verbraucher, Überbrückung der Zeitspanne zwischen Erzeugung und Verbrauch
– Sortimentsbildung, Vorratshaltung
– Bedarfswerbung, Absatzwerbung
– Kundendienst, Bedienung und Beratung
- c) – Aufbewahrung und Verzinsung von Geldeinlagen
– Kreditgewährung
– Zahlungsvermittlung
– Wertpapiergeschäfte
- d) – Schadensverhütung (Vorsorge-, Unfallverhütungsmaßnahmen, Kuren)
– materielle Vorsorge und finanzielle Leistung im Versicherungsfall (Lebens-, Renten-, Ausbildungsvericherung)
– Schadensminderung und Schadensersatz (Kranken-, Kraftfahrzeugversicherung)
- e) – Vermittlung und Durchführung von Transporten
– Beratung und Mithilfe bei Transportverträgen
- f) – Reiseberatung
– Reisevermittlung
– Abschluss von Reiseverträgen

- g) – Beherbergung von Gästen
 - Verpflegung von Gästen
 - Bereitstellung von Freizeitangeboten
 - Bereitstellung von Tagungsräumen und -ausrüstung

1.3 Betriebswirtschaftliche Produktionsfaktoren

26/1 Erläutern Sie,

- a) auf welche Weise die Natur an der betrieblichen Leistungserstellung beteiligt ist,**
- b) welche Personen und Personengruppen dem Unternehmen ihre Leistungskraft zur Verfügung stellen,**
- c) welche Kosten dadurch dem Unternehmen jeweils entstehen.**

- a) – Natur liefert Rohstoffe: Pflanzen, Tiere, Steine, Metalle, Metalle der Seltenen Erden.
 - Natur liefert Kraftstoffe und Energien: Wasser, Kohle, Erdöl, Gas, Uran; Wind, Licht, Strahlungen.
 - Natur liefert den Standort für jede Art der Produktion.
- b) Arbeiter/-innen, Angestellte, Unternehmer (Manager)
- c) bezogen auf a): Stoffkosten, Energiekosten, Grundstückskosten (Pacht, Abschreibungen), Zinskosten;
 bezogen auf b): Löhne, Gehälter, Sozialkosten, Provisionen, Unternehmerlohn, Tantiemen.

27/2 Ordnen Sie die angegebenen Kosten nach folgendem Muster dem jeweiligen Faktoreinsatz zu:

Kostenart	entstanden durch den Einsatz des Produktionsfaktors
a) Miete für Lagerhalle
b) Sozialkosten
c) Vertreterprovision
d) Fuhrparkkosten
e) Rohstoffverbrauch

Kostenart	entstanden durch den Einsatz des Produktionsfaktors
a) Miete für Lagerhalle	Betriebsmittel
b) Sozialkosten	Arbeitsleistung, dispositiver Faktor
c) Vertreterprovision	Arbeitsleistung
d) Fuhrparkkosten	Betriebsmittel
e) Rohstoffverbrauch	Betriebsmittel

27/3 Erklären Sie, warum Roh- und Hilfsstoffe zu den Werkstoffen, Vorrichtungen zur Lagerung von Rohstoffen aber zu den Betriebsmitteln gehören.

- Roh- und Hilfsstoffe werden Erzeugnisbestandteile im Fertigungsprozess.
- Vorrichtungen zur Lagerung von Rohstoffen gehören zur technischen Voraussetzung des Fertigungsprozesses.

27/4 Erörtern Sie, welchen Einfluss Klima, Bildung und Lebenseinstellung der Menschen auf die Wirtschaftsverhältnisse eines Landes haben.

Technologisch hochentwickelte Wirtschaftsverhältnisse setzen gehobene technisch-ökonomische Bildung, Fleiß und Arbeitswillen voraus. Diese können unterschiedlich entwickelt sein, wobei eine Abhängigkeit vom

- Klima (Bewohner der Sahara im Vergleich zu Westeuropäern) oder der
- Lebenseinstellung (indigene Bevölkerung der tropischen Regenwälder im Vergleich zu Einwohnern Chicagos)

bestehen kann.

27/5 Was müsste geschehen, um die Verknappung und damit Verteuerung des Betriebsstoffes Energie in den Betrieben aufzufangen?

Energiesparende Produktionsformen entwickeln, mehr Energie erzeugen, Energie zurück gewinnen, Kostensteigerungen durch Einsparung anderer Kosten ausgleichen.

27/6 Eine Maschinenfabrik veröffentlicht die folgenden Zahlen:

	Zahl der Beschäftigten	Anzahl Maschinen	Umsatz (in Mio. EUR)
2013	805	1.241	176
2023	439	1.645	330

- Errechnen Sie den Umsatz je Mitarbeiter.
- Beschreiben Sie den Trend, den diese Zahlen widerspiegeln.
- Erörtern Sie die möglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen einer solchen Entwicklung.

a) $\text{Umsatz 2013} = \frac{176 \text{ Mio. EUR}}{805 \text{ Mitarbeiter}} = 218.633,54 \text{ EUR/Mitarbeiter}$

$\text{Umsatz 2023} = \frac{330 \text{ Mio. EUR}}{439 \text{ Mitarbeiter}} = 751.708,42 \text{ EUR/Mitarbeiter}$

- Trend zur Rationalisierung, d.h. Ersatz des Menschen durch die Maschine (Lean Production).
- wirtschaftliche Folgen: weniger Arbeitsplätze, steigende Arbeitslosigkeit, die Zahlungen an die Sozialversicherungen gehen zurück, Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung, relativ zurückgehende Personalkosten, billigere Produkte, steigende Unternehmensgewinne (sofern die Preisreduktion geringer ist als die Einsparung bei den Personalkosten).
 - gesellschaftliche Folgen: hohe Arbeitslosigkeit, auch bei Jugendlichen; dies fördert gesellschaftliche Unzufriedenheit, Politikverdross, Kriminalität und Gewalt. Die individuelle Arbeitslosigkeit fördert psychische Probleme.

27/7

a) Berechnen Sie die günstigste Faktorkombination in Geldeinheiten (GE):

	1 Mitarbeiter kostet 5 GE		1 Maschine kostet 20 GE		Ergebnis
Fall 1	12 Arbeiter	+	2 Maschinen	=	?
Fall 2	6 Arbeiter	+	4 Maschinen	=	?
Fall 3	4 Arbeiter	+	6 Maschinen	=	?
Fall 4	2 Arbeiter	+	12 Maschinen	=	?

b) Wie verändert sich das Ergebnis, wenn die Kosten des Faktors Arbeit auf 30 GE steigen und die Kapitalkosten gleich bleiben?

c) Welche Gründe können für eine

- Substitution des Faktors Arbeit durch den Faktor Betriebsmittel sprechen,
- Beibehaltung des Faktors Arbeit sprechen,

wenn in beiden Fällen der Faktor Arbeit wesentlich höhere Kosten als der Faktor Betriebsmittel verursacht?

- a) – Fall 1: $(12 \cdot 5) + (2 \cdot 20) = 100$ GE
 – Fall 2: $(6 \cdot 5) + (4 \cdot 20) = 110$ GE
 – Fall 3: $(4 \cdot 5) + (6 \cdot 20) = 140$ GE
 – Fall 4: $(2 \cdot 5) + (12 \cdot 20) = 250$ GE

Ergebnis: Fall 1 ist die günstigste Faktorkombination.

- b) – Fall 1: $(12 \cdot 30) + (2 \cdot 20) = 400$ GE
 – Fall 2: $(6 \cdot 30) + (4 \cdot 20) = 260$ GE
 – Fall 3: $(4 \cdot 30) + (6 \cdot 20) = 240$ GE
 – Fall 4: $(2 \cdot 30) + (12 \cdot 20) = 300$ GE

Ergebnis: Fall 3 ist die günstigste Faktorkombination.

c) Gründe für die Substitution des Faktors Arbeit durch den Faktor Betriebsmittel:

- kostengünstigere Produktion und damit Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Verbesserung der Arbeitsergebnisse durch in der Regel höhere Präzision,
- höhere Ergiebigkeit durch schnellere Arbeitsabläufe und dauerhaft gleichbleibende Arbeitsergebnisse,
- dauerhaft gleichbleibende Kalkulationsgrundlage.

Gründe für die Beibehaltung des Faktors Arbeit:

- Vermeidung von Arbeitslosigkeit,
- Erhaltung des sozialen Friedens,
- keine Gefahr der Kostenremanenz,
- Erhaltung der Kaufkraft in der Volkswirtschaft.

1.4 Betriebliche Funktionen

29/1 Erläutern Sie, welche Funktionen man

- bei einem Industrieunternehmen,
- bei einem Handelsunternehmen unterscheidet

a) im Güterstrom,

b) im Geldstrom,

c) in der Leitung des Unternehmens.

Industrieunternehmen:

- a) Beschaffung, Produktion, Absatz, Lagerhaltung
- b) Finanzierung, Zahlung
- c) Zielsetzung, Planung, Organisation, Realisation, Kontrolle, Rechenschaftslegung, Repräsentation

Handelsunternehmen:

- a) Beschaffung, Lagerhaltung, Kommissionierung (Zusammenstellen von Artikeln), Absatz
- b) Finanzierung, Zahlung
- c) Zielsetzung, Planung, Organisation, Realisation, Kontrolle, Rechenschaftslegung, Repräsentation

29/2 Welche Auswirkungen hätte das Fehlen von Handelsbetrieben in einer Volkswirtschaft
a) für die Industrie,
b) für die Verbraucher?

- a) – Ausdehnung der Absatzfunktionen bei der Industrie, wo spezielle Einrichtungen und örtliche Marktkenntnisse nicht vorhanden sind und kostspielig aufgebaut werden müssen
 - Aufbau einer Absatzorganisation mit eigenen Absatzeinrichtungen
 - steigende Personalkosten und mögliche Finanzierungsprobleme
- b) – Der Verbraucher findet evtl. kein Angebot vor Ort.
 - Der Verbraucher findet keine umfassende Sortimentsauswahl; er hat einen schwierigen Angebotsvergleich.
 - eventuell ungleiche oder schlechte Güterversorgung
 - Die Kosten der Beschaffung und die Produktpreise steigen.

29/3 Skizzieren Sie den Güter- und Informationsfluss von der Rohstoffbeschaffung bis zum Verbraucher bei der industriellen Fensterproduktion.

Güterfluss:

Rohstoffe wie Holz, Glas, Lacke werden von den Lieferanten mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln zum Beschaffungslager des Produktionsbetriebes transportiert und dort zwischengelagert, bis die einzelnen Stoffe bei der Produktion benötigt werden. Der Durchlauf der Rohstoffe/halbfertigen Produkte hängt von der mengenmäßigen und zeitlichen Kapazität der Produktionsmittel ab. Nach der Fertigstellung der Fenster werden sie entweder in das Fertigproduktlager gebracht oder direkt zum Endverbraucher/Handwerksbetrieb.

Informationsfluss:

Der Informationsfluss ist zunächst dem Güterfluss gegenläufig: Vom Absatzmarkt kommen die Informationen über Menge und Zeitpunkt der Lieferung der Fertigprodukte. Über die Fertigungssteuerung gehen die Informationen zur Beschaffungsstelle, die anhand von Abfragen im Beschaffungslager den optimalen Bestellzeitpunkt und die optimale Bestellmenge ermittelt. Daraufhin gehen die Informationen zu den einzelnen Lieferanten. Wenn daraufhin der Güterfluss einsetzt, wird dieser von den Informationen begleitet (z. B. Sendungsverfolgung) bzw. die Informationen eilen dem Güterfluss voraus (z. B. Meldung über das Eintreffen der Rohstoffe).

2 Grundzüge der Rechtsordnung

2.1 Bedeutung der Grundstruktur der Rechtsordnung

32/1 Welche Bedeutung hat eine Rechtsordnung?

Der Anspruch jeder Person auf Gerechtigkeit erfordert, dass die Freiheit des Einzelnen durch das Recht abgegrenzt und eingeschränkt wird. Die Gesamtheit des Rechts, das in einem Staat gilt, wird als Rechtsordnung bezeichnet.

32/2 Erklären Sie den Unterschied zwischen

- a) Gesetz und Satzung,
- b) Verordnung und Verwaltungsakt.

- a) – Gesetz: wird von der Legislative des Bundes oder eines Bundeslandes beschlossen; Rechtsregel allgemeinen Charakters; gültig als Bundesgesetz für das ganze Bundesgebiet, z. B. Einkommensteuergesetz, oder als Landesgesetz für das betreffende Land, z. B. Landesbauordnung.
 - Satzung: wird z. B. von den Selbstverwaltungsorganen der Kommunen verabschiedet (Gemeinderat); Rechtsvorschrift allgemeinen Inhalts, z. B. Bebauungsplan.
- b) – Verordnung: Ergänzungs- und Durchführungsbestimmungen zu Gesetzen mit allgemeiner Gültigkeit; erlassen von der Exekutive, z. B. Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.
 - Verwaltungsakt: Verfügung oder Entscheidung zur Regelung des Einzelfalles nach Gesetz und Verordnung, z. B. Baugenehmigung.

32/3 Begründen Sie, ob es sich bei den folgenden Fällen um Vorgänge des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts handelt:

- a) Ein Großhändler vereinbart mit einem Einzelhändler eine Warenlieferung.
- b) Eine Straße wird für den Durchgangsverkehr gesperrt.
- c) Sie erhalten den Einkommensteuerbescheid für das vergangene Jahr.
- d) Zwei Kaufleute gründen eine offene Handelsgesellschaft.
- e) Bund und Länder beschließen eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens.

- a) Privatrecht, Kaufvertrag, abgeschlossen nach BGB und HGB auf der Grundlage von Vertragsfreiheit und Gleichberechtigung
- b) öffentliches Recht, Verfügung zur Regelung eines Einzelfalles (Verwaltungsakt)
- c) öffentliches Recht, Verfügung zur Regelung eines Einzelfalles (Verwaltungsakt)
- d) Privatrecht, Vertrag nach HGB
- e) Öffentliches Recht, es wird ein Rechtsverhältnis zweier Träger der öffentlichen Gewalt zueinander neu geregelt.

32/4 Welche Folgen ergeben sich aus zwingendem und aus nachgiebigem Recht?

Von zwingendem Recht kann nicht abgewichen werden, es gilt für alle Personen gleichermaßen. Beim nachgiebigen Recht kann durch Verträge individuell abgewichen werden.

2.2 Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit

35/1 Welche Fähigkeit verbirgt sich hinter der Rechtsfähigkeit?

Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

35/2 Welche der folgenden Personen oder Institutionen sind juristische Personen?

- a) Sportclub Oldenburg e. V.
- b) Richter beim Landgericht
- c) Bundesrepublik Deutschland
- d) Vorstandsvorsitzender einer AG

- a) Sportclub Oldenburg e. V.
- c) Bundesrepublik Deutschland

35/3 Jemand behauptet: »Ein fünfjähriges Kind ist weder rechts- noch geschäftsfähig.« Überprüfen Sie diese Aussage.

Diese Aussage ist teilweise falsch. Das Kind ist seit seiner Geburt rechtsfähig, wird aber erst mit Vollendung des 7. Lebensjahres beschränkt geschäftsfähig und mit Vollendung des 18. Lebensjahres voll geschäftsfähig.

35/4 Die 17-jährige Hildegard Gut absolviert eine Ausbildung zur Kauffrau im Groß- und Außenhandelsmanagement.

- a) Von der Ausbildungsvergütung stehen ihr monatlich 300 EUR als Taschengeld zur Verfügung. Eines Tages schließt sie mit dem Media-Center e.K. einen Kaufvertrag über eine Stereoanlage im Wert von 1.800 EUR ab. Dieser Betrag soll mit einer monatlichen Rate von 300 EUR bezahlt werden. Wie ist die Rechtslage?
- b) Ein Onkel hat ihr für diesen Zweck 2.000 EUR geschenkt. Wie ist die Rechtslage?
- c) Unter welchen Voraussetzungen könnte sie nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses den Betrieb wechseln?
- d) Unter welchen Voraussetzungen könnte sie das Großhandelsgeschäft des kranken Vaters übernehmen?

- a) Die Auszubildende ist minderjährig und deshalb beschränkt geschäftsfähig (§ 106 BGB). Ein Kreditvertrag zieht Rückzahlungsverpflichtungen nach sich und kann wegen diesem Nachteil nicht von Minderjährigen abgeschlossen werden. Der Gesetzgeber erlaubt dies auch nicht mit Zustimmung der Eltern. Jeder Kreditvertrag muss zusätzlich vom Vormundschaftsgericht genehmigt werden. Der Vertrag ist ohne diese Genehmigung schwebend unwirksam. Genehmigt das Gericht nicht, ist der Vertrag unwirksam; § 1822 Nr. 8 BGB.
- b) Es muss die Genehmigung der Eltern eingeholt werden, es sei denn, die Eltern waren mit der Schenkung der 2.000 EUR zu diesem Zweck einverstanden.
- c) – Hildegard ist noch minderjährig und wechselt nicht den Geschäftszweig: Die Zustimmung der Eltern ist nicht notwendig, da sie die Zustimmung für diesen Geschäftszweig bereits gegeben haben.
 - Hildegard ist noch minderjährig und wechselt den Geschäftszweig: Die Zustimmung der Eltern ist notwendig.
 - Hildegard ist inzwischen volljährig: Sie kann den Betrieb ohne Weiteres wechseln.
- d) Die Übernahme eines Erwerbsgeschäftes durch Hildegard bedarf der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters und der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes.

36/5 Wie ist die Rechtslage in folgenden Fällen:

- a) Die 15-jährige Christine hat von ihrem Patenonkel als Geschenk ein Fahrrad erhalten. Da die Eltern seit einiger Zeit mit dem Onkel Streit haben, verlangen sie von Christine, das Fahrrad zurückzugeben.
- b) Der 6-jährige Jörg kauft ohne Wissen der Eltern von seinen Ersparnissen im benachbarten Spielwarengeschäft einen Spielzeugpanzer. Da die Eltern damit nicht einverstanden sind, wollen sie das Spielzeug zurückbringen.
- c) Die 6-jährige Angie kauft sich ohne Wissen der Eltern von ihren Ersparnissen eine Tüte Gummibärchen, die sie auch alle isst. Die Eltern sind gegen den Kauf von Süßigkeiten und bringen die leere Tüte dem Einzelhändler zurück.
- d) Die 17-jährige Mitarbeiterin eines Reinigungsunternehmens kündigt ihrem Arbeitgeber. Der Vater will die Kündigung rückgängig machen.

- a) Christine ist beschränkt geschäftsfähig. Sie kann mit ihrem Onkel einen Schenkungsvertrag, der ihr nur rechtliche Vorteile bringt, rechtswirksam abschließen. Sie muss das Fahrrad nicht zurückgeben.
- b) Jörg ist geschäftsunfähig. Es konnte kein Kaufvertrag zustande kommen, da die Willenserklärung des 6-jährigen Jörg nichtig ist. Die Eltern haben das Recht, das Spielzeug zurückzubringen und das Geld zurückzufordern.
- c) Angie ist geschäftsunfähig. Es konnte kein Kaufvertrag zustande kommen, da die Willenserklärung der 6-jährigen Angie nichtig ist. Die Eltern haben das Recht, die leere Tüte zurückzubringen und das Geld zurückzufordern.
- d) Die Mitarbeiterin ist grundsätzlich beschränkt geschäftsfähig, für diesen Arbeitsvertrag aber partiell unbeschränkt geschäftsfähig. Sie kann mit voller Wirksamkeit kündigen. Das Recht zur Kündigung ergibt sich aus der Genehmigung des Vaters für den Abschluss dieses Arbeitsvertrages. Der Vater kann die Kündigung nicht rückgängig machen.

36/6 In welchem Fall kann auch ein Erwachsener geschäftsunfähig sein?

Ein Erwachsener ist geschäftsunfähig, wenn er dauernd geisteskrank ist.

2.3 Rechtsgeschäfte

44/1 Wie kommen Verträge zustande?

Verträge kommen durch übereinstimmende Willenserklärungen (Antrag und Annahme) von mindestens zwei Personen zustande.

44/2 Ein Mieter kündigt den Mietvertrag. Wie ist die jeweilige Rechtslage?

- a) Er lässt das Kündigungsschreiben auf seinem Schreibtisch liegen.
- b) Er übergibt das Schreiben rechtzeitig persönlich dem Vermieter.
- c) Er wirft das Kündigungsschreiben rechtzeitig in den Briefkasten des Vermieters, weil sich dieser zurzeit im Urlaub befindet.

- a) Die Kündigung ist nicht rechtswirksam, da sie nicht in den Herrschaftsbereich des Vermieters gelangt ist (empfangsbedürftige Willenserklärung).

- b) Die Kündigung ist rechtswirksam, da der Vermieter sie rechtzeitig persönlich empfangen hat.
- c) Die Kündigung ist rechtswirksam, da der Briefkasten zum Herrschaftsbereich des Vermieters gehört.

44/3 Jemand verfasst ein handschriftliches Testament und legt es in die Schreibtischschublade.

- a) Begründen Sie, ob dieses Testament im Erbfall rechtswirksam ist.**
- b) Warum ist es in jedem Fall besser, das Testament einem Notar zu übergeben?**

- a) Da das Testament ein nicht empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft ist, ist es mit der Erstellung rechtsgültig.
- b) Wenn der Erblasser sicher sein will, dass sein Wille ordnungsgemäß an die Erben vermittelt wird, ist eine sichere Aufbewahrung zu bevorzugen. Das Testament ist damit vor Verlust und Unterschlagung geschützt.

45/4 Stellen Sie die Unterschiede folgender Verträge einander gegenüber:

- a) Mietvertrag – Leihvertrag**
- b) Mietvertrag – Pachtvertrag**
- c) Leihvertrag – Sachdarlehensvertrag**

- a) – Mietvertrag: Überlassung von Sachen zum Gebrauch gegen Entgelt
– Leihvertrag: unentgeltliche Überlassung von Sachen zum Gebrauch
- b) – Mietvertrag: Überlassung von Sachen gegen Entgelt zum Gebrauch
– Pachtvertrag: Überlassung von Sachen zum Gebrauch und Fruchtgenuss gegen Entgelt
- c) – Leihvertrag: unentgeltliche Überlassung von Sachen zum Gebrauch mit Pflicht zur Rückgabe derselben Sache
– Sachdarlehensvertrag: Überlassung von Sachen zum Verbrauch gegen Entgelt oder unentgeltlich mit Rückgabepflicht für eine Sache gleicher Art, Menge und Güte

45/5 Welche Vertragsarten liegen vor?

- a) Jemand »leiht« bei der Bank 10.000 EUR.**
- b) Jemand »leiht« ein Auto und zahlt 0,60 EUR je gefahrenem Kilometer.**
- c) Jemand »leiht« ein Buch von einem Freund.**
- d) Eine Hausfrau »leiht« bei der Nachbarin 20 EUR zur Bezahlung der Nachnahme.**
- e) Für die Zeit der Reparatur »leiht« Frau Reuther einen Wagen von der »Autoverleih Klocke & Klobner GmbH«.**

- a) Darlehensvertrag
- b) Mietvertrag
- c) Leihvertrag
- d) Darlehensvertrag
- e) Mietvertrag